



HESSISCHER LANDTAG

02. 07. 2014

WKA

Berichtsantrag der Abg. Grumbach, Dr. Spies, Alex, Degen, Habermann, Dr. Neuschäfer (SPD) und Fraktion betreffend hessischer Hochschulpakt

Die Verhandlungen über den nächsten hessischen Hochschulpakt haben begonnen. Der neue hessische Hochschulpakt soll regeln, wie das Land im Zeitraum von 2016 bis 2020 seine Hochschulen finanziert. Wissenschaftsminister Rhein hat laut Berichterstattung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 21. Mai 2014 die Unterzeichnung des Paktes für Dezember 2014 in Aussicht gestellt.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (WKA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Mit wem führt bzw. hat die Landesregierung Gespräche zum in 2016 startenden neuen hessischen Hochschulpakt geführt und wann?
2. Wie stellt die Landesregierung die Anhörung aller Statusgruppen an den hessischen Hochschulen dabei sicher?
3. Welche Bedarfe werden bei den Gesprächen zum neuen hessischen Hochschulpakt festgehalten?
4. Wie wird sich die im Koalitionsvertrag fixierte gesicherte und auskömmliche Grundfinanzierung hessischer Hochschulen im neuen hessischen Hochschulpakt zusammensetzen?
5. Inwiefern wird die sogenannte Leistungsorientierte Mittelzuweisung (LOMZ) von der Landesregierung weiterentwickelt?
6. Ist an eine Änderung der Kriterien und der Gewichtung bei der Mittelzuweisung gedacht und wenn ja, in welcher Hinsicht?
7. Wie gestaltet sich der im Koalitionsvertrag fixierte Zuschlag zur Grundfinanzierung und welche Bedingungen muss eine Hochschule erfüllen, um diesen Zuschlag zu erhalten?
8. Wie wird die Landesregierung der durch die bisherige Reduzierung der Grundfinanzierung hessischer Hochschulen vorangetriebenen finanziellen Ungleichverteilung begegnen, die insbesondere auf eine vermehrte Drittmittelakquise zurückzuführen ist?
9. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass es ein Nord-Süd-Gefälle bei Hochschulen in Hessen gibt, und wenn ja, wird sie dies im Rahmen der Verhandlungen thematisieren? Wird sie Maßnahmen ergreifen, um tatsächlich vorhandene Unterschiede auszugleichen?
10. Ist die von der Landesregierung in Aussicht gestellte Einführung eines eigenen Promotionsrechts für forschungsstarke FH-Fachbereiche Thema bei den Verhandlungen?

Wiesbaden, 2. Juli 2014

Der Parl. Geschäftsführer:
Rudolph

**Grumbach
Dr. Spies
Alex
Degen
Habermann
Dr. Neuschäfer**